

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 54. Sitzung des Bundesrates vom 11. August 1964

Vorsitz: Hr. Bundespräsident von Moos
Abwesend: HH. Spühler und Bonvin (Urlaub)
Schriftführer: Hr. Weber
Protokolle: keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 30

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Beurteilung der Lage und Telegramme von Präsident Makarios

Herr Wahlen bemerkt in seiner Beurteilung der Lage, dass seit der Kubakrise die Lage nie mehr so kritisch gewesen sei, wie gerade jetzt mit den Ereignissen im Golf von Tongking und im Zusammenhang mit Zypern. Es sei heute immer noch nicht möglich zu sagen, aus welchen Gründen man die Amerikaner provoziert habe. Sicher sei, dass die Russen von den Ereignissen völlig überrascht worden seien. Es sei das erste Mal gewesen, dass sich ein russischer Delegierter vorbehalten habe, zuerst die andern Parteien anzuhören. Ueberdies habe der russische Vertreter im Sicherheitsrat Morozow sehr gemässigt gesprochen. Die ganze Sitzung des Sicherheitsrates habe nach den Eindrücken unseres Beobachters einen geradezu akademischen Verlauf genommen. Man habe sich auch die Frage gestellt, warum die Amerikaner so energisch zugegriffen hätten? Es sei gesagt worden, es handle sich um ein Wahlmanöver. Es sei aber zu bemerken, dass der Präsident der USA gar nicht anders habe handeln können. Es passe alles in die Politik der USA in diesem Gebiet (Absendung von General Taylor als Sonderbotschafter). Nachdem die Warnungen gegenüber den Angreifern nichts genützt hätten, habe ein Exempel statuiert werden müssen. Präsident Johnson habe sich sicherlich beeinflussen lassen von der Haltung Präsident Kennedys in der Kubakrise.

Herr Wahlen kommt dann auf die Zypernkrise und die Rolle von Präsident Makarios zu sprechen. Man habe schon früher ein langes Telegramm erhalten, worin die Türken bezichtigt werden, unmittelbar vor der Invasion der Insel zu stehen. Man habe damals auch eine Note vom türkischen Staatspräsidenten İnönü erhalten betreffend den türkischen Standpunkt. Der Bundesrat habe es dem EPD überlassen, die Angelegenheit mündlich zu erledigen.

Herr Wahlen beantragt, die neuen Telegramme an den Bundespräsidenten nicht zu beantworten. Dänemark habe zwar darauf reagiert. Der Bundesrat hätte zweimal in ähnlicher Lage interveniert, nämlich beim Aufstand in Ungarn und in der Suezkrise.



- 2 -

Im letztern Falle ohne Erfolg. Die Presse werde nun aber fragen, was der Bundesrat zu tun gedenke. Sie soll orientiert werden, dass der Bundesrat ein Exposé des Vorstehers des EPD über die internationale Lage angehört habe. Dabei habe der Bundesrat auch Kenntnis genommen von den Telegrammen des Präsidenten Makarios. Der Bundesrat habe seinem Wunsche nach einer friedlichen Lösung dadurch Ausdruck gegeben, dass er die Friedensaktion der UNO auf Zypern finanziell unterstützt habe. Die Angelegenheit falle heute ausschliesslich in die Kompetenz der Signatarstaaten des Zypern-Abkommens, der NATO bzw. der UNO. Der Bundesrat hoffe, dass die UNO einen friedlichen Weg finden werde. Seitens des Bundesrates dränge sich keine Massnahme auf.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, bei Empfang des Telegramms sei ihm die Suezkrise in den Sinn gekommen. Er habe aber dann doch gefunden, dass es nicht nötig sei, die Sonntagsruhe der Herren Kollegen zu stören, nachdem ja die Angelegenheit heute in den Händen der UNO liege und die Signatarstaaten und die NATO nichts unternehmen. Er begrüsse die Mitteilung an die Presse, weil damit indirekt eine Antwort des Bundesrates auf das Telegramm erteilt werde.

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Reglement über die Beförderungen im Politischen Departement

Das Geschäft wird zurückgestellt, damit noch ein Gespräch zwischen den Diensten des EPD und des JPD stattfinden kann. Ueber Unklarheiten, die der Herr Bundespräsident glaubt festgestellt zu haben, im Verhältnis des Artikels 7 zu den Artikeln 14 und 15. Er habe den Eindruck, es gebe gar keine Stelle der ersten und zweiten Klasse des allgemeinen Dienstes, auf die Artikel 7, Absatz 5 zutreffe.

Militärdepartement

Kleine Anfrage Werner Schmid vom 12. März 1964

Herr Chaudet wünscht die Antwort nochmals zu prüfen und nimmt das Geschäft zurück.

Herr Wahlen bemerkt, dass der letzte Satz gestrichen werden sollte.

U m f r a g e

Hr. C h a u d e t

Angelegenheit Bloodhound

Wie Herr Chaudet mitteilt, fehlen bis jetzt alle Anhaltspunkte dafür, dass die Lieferfirma bei den Ankäufen der Schweiz und Schwedens übermässige Gewinne erzielt habe. Man habe im EMD das

- 3 -

Vorgehen besprochen. Die KTA möchte zuerst mit der BAC, mit der der Vertrag abgeschlossen worden sei, unterhandeln. Dann möchte sie, dass mit Schweden Fühlung genommen werde, damit beide Länder die gleichen Schritte unternehmen. Hier wäre man dankbar, wenn das EPD mithelfen wollte.

Herr Tschudi glaubt, ohne das Geschäft näher zu kennen, dass es vorteilhafter wäre, zuerst mit den Schweden das Vorgehen zu vereinbaren und erst dann Unterhandlungen mit den Lieferanten zu beginnen.

Herr Chaudet antwortet, dass die KTA dafür halte, dass es nötig sei, die Unterhandlungen sofort zu beginnen. Parallel dazu solle das Gespräch mit Schweden geführt werden. Schliesslich gedenke man die britische Regierung zu ersuchen, das Resultat auf Grund der eigenen Erfahrungen mit dem Bloodhoundgeschäft zu überprüfen.

Herr Wahlen schlägt vor, dass das EMD auf Chefbeamtenebene ein Gespräch über das Vorgehen durchführt. Dafür solle Herr Schaffner einer seiner Negotiatoren zur Verfügung stellen. Ohne vorherige Absprache werde die KTA in England auf Schwierigkeiten stossen. Im Uebrigen sei das EPD bereit, die gewünschte Hilfe zu leisten.

Es wird beschlossen, noch vor den Verhandlungen mit den Engländern eine Konferenz auf Chefbeamtenebene durchzuführen, um die ganze Verhandlungspraxis festzulegen. Herr Schaffner wird dafür Herrn Bühler abordnen. Herr Wahlen denkt an Herrn Dr. Probst, will aber noch definitiv Bescheid geben.

Hr. W a h l e n

Abschiedscocktail des indischen Botschafters Rauf vom 28. August

Herr Wahlen wird hingehen. Den übrigen Mitgliedern ist die Teilnahme freigestellt.

Angelegenheit Dr. Giger

Herr Wahlen bemerkt, wenn die Herrn Giger zugeschriebenen Aussagen tatsächlich erfolgt seien, dann sollte etwas vorgekehrt werden. Herr Giger habe es übrigens nicht bestritten. Er habe lediglich erklärt, er wisse nicht mehr genau, was er gesagt habe.

Herr Schaffner stellt fest, der Journalist Plaut, der den Artikel geschrieben habe, sei eine recht bedenkliche Erscheinung. Er wolle aber die Angelegenheit durch Befragung von Herrn Giger abklären und dann den Bundesrat verständigen.

Affaire Kamil

Herr Wahlen teilt mit, dass im "Economist" die Kamilaffaire mit der Angelegenheit Serra vermischt worden sei. Man kombiniere dabei, dass das EPD antisemitisch eingestellt sei und deshalb bei den Waffenlieferungen die Augen schliesse. Die Kamilaffaire scheine zu einer sehr unangenehmen Sache zu werden. Soweit es sich dabei um die Frage der Waffenlieferungen handle, sei das

- 4 -

EMD zuständig, in Sachen Niederlassungsbewilligung der Kanton Zürich und hinter ihm das JPD. Nachdem nun die Eingabe der Professoren vorliege, sollte doch die Angelegenheit departementsintern geprüft werden, denn der Bundesrat werde in den eidgenössischen Räten Red und Antwort stehen müssen. Die KTA berichte, dass kein eigentliches Kriegsmaterial geliefert worden sei.

Der Herr Bundespräsident ist mit einem Gespräch auf Departements-ebene einverstanden.

Es wird beschlossen, dass Beamte des EPD, des JPD, des EMD und auch des EVD zusammentreffen sollten. Vom EVD könnte Herr Vize-direktor Bühler von der Handelsabteilung delegiert werden.

Präsidialvorbringen

Internationale Musikfestwochen in Luzern

Es wird festgestellt, dass am offiziellen Tag Herr Chaudet und Herr Wahlen teilnehmen werden.

Festival de la musique in Montreux

Die Organisatoren laden ein zu einem Konzert des "Orchestre de la Philharmonie de Prague" mit Empfang am 9. September und einem Konzert des "Orchestre National de Paris" mit Empfang am 20. September.

Herr Chaudet hat sich bereits à titre privé für den 5. September angemeldet. Er erklärt sich bereit, den Bundesrat am 20. September (Konzert und Empfang) zu vertreten. (s. Beschlussprotokoll).

Einladung Automobilsalon 1965

Abgeordnet wird der Herr Bundespräsident für 1965, Herr Tschudi (s. Beschlussprotokoll).

Anschläge im Wallis

Der Herr Bundespräsident berichtet über diese Vorgänge. Ein Sprengstoffanschlag sei gegen die Telephonverteileranlage in Fully erfolgt.

Grund: Unzufriedenheit mit dem Absatz von Tomaten. - Der zweite Anschlag sei gegen das Büro der Obst- und Gemüseverkaufsunion in Saxon erfolgt (Nationalrat Carruzzo). Grund: Unzufriedenheit mit den Preisabmachungen. Es handle sich um eine Sprengstoffattentat, also um einen Tatbestand des Bundesstrafrechtes. Die Fälle sollen aber an den Kanton Wallis delegiert werden. Die Bundespolizei stehe in Kontakt mit der Walliserpolizei.

Herr Schaffner bemerkt, dass die Walliserregierung und der Walliser Obstproduzentenverband dem EVD gedankt hätten für die bei den Aprikosen getroffene Lösung. Was die Tomaten betreffe sei festzustellen, dass die Grenze gesperrt sei. Trotz intensiver Warnung, hätten die Tomatenpflanzer einen Mehranbau von 25 % vorgenommen. Nun können sie die vielen Tomaten nicht verwerten, was dann den

Anlass gebe zu solchen Demonstrationen. Der Sprechende habe den Eindruck, dass es einmal zu einem Boykott der Grossverteilungsorganisationen gegen das Wallis kommen werde. Gewisse Leute im Wallis würden erst etwas lernen, wenn die Schweiz ihre Produkte nicht mehr abnimmt. Bundesrat und EVD seien hier aus der Sache. Wenn einmal die Leute merken, dass die Tätigkeit der Extremisten dem Absatz schadet, dann werden sie erst dazu kommen, die Täter anzuzeigen.

Eierabsatz

Der Herr Bundespräsident hat den Brief eines Eierproduzenten erhalten, worin Herr Bundesrat Schaffner scharf angegriffen wird. Da es sich um einen unterzeichneten Brief handle, habe der Sprechende im Sinn, einige Worte zu antworten, nachdem er sich beim EVD näher über die Angelegenheit informiert habe.

Herr Schaffner bemerkt, dass er eine Menge solcher Briefe von Geflügelhaltern bekommen habe. Damit, dass man die einheimischen Eier geschützt habe, habe man den Anreiz, Hühner zu halten, gefördert. Je mehr Eier man placiere, desto mehr werde produziert. Mit 18 Rappen sei der Preis in der Schweiz ^{in Europa} der höchsten. Die gewerblichen Hühnerhalter erwarten einfach, dass auch sie, wie die Bauern, den paritätischen Lohn erhalten. Er könne hier wirklich nicht mehr helfen und müsse einfach die Verleumdungen über sich ergehen lassen.

Mirageangelegenheit, Herausgabe der internen Notizen der Bundesratssitzungen

Der Herr Bundespräsident erinnert an die an der Extrasitzung vom Montag, 10. August 1964 gefassten Beschlüsse. Er habe Herrn Furgler kommen lassen und ihm folgenden mit dem Vizekanzler bereinigten Vorschlag unterbreitet:

1. Der Bundesrat ist bereit, durch persönliche Einvernahme seines Präsidenten über alle in der Mirage-Angelegenheit gestellten Fragen Auskunft zu geben.
2. Der Bundesrat übergibt der Arbeitsgemeinschaft eine Liste aller Bundesratssitzungen, in denen über das Miragegeschäft gesprochen wurde, mit einer kurzen Angabe des jeweiligen Diskussionsthemas. Wenn von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft anhand dieser Liste über eine bestimmte Sitzung Fragen gestellt werden, wird der Herr Bundespräsident die Protokollnotizen der betreffenden Sitzung unter Verschweigung der Namen der einzelnen Votanten im Plenum der Arbeitsgemeinschaft mündlich zur Kenntnis bringen.
3. Wenn die Arbeitsgemeinschaft sich damit nicht zufrieden geben kann und trotz des sehr prekären Beweiswertes der Protokolle auf der Einsichtnahme beharrt, ist der Bundesrat bereit, die Protokollnotizen der betreffenden Sitzungen den Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft (Präsidenten der nationalrätlichen und der ständerätlichen Kommission) sowie den Präsidenten der drei Unterausschüssen auf der Bundeskanzlei zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen.

- 6 -

Herr Furgler habe geglaubt, er werde mit diesen Vorschlägen durchkommen. Der Sprechende habe sich mit Herrn Furgler an die Sitzung der Arbeitsgemeinschaft begeben. Er habe dort nochmals den Standpunkt des Bundesrates unterstrichen, auf den zweifelhaften Beweiswert der Notizen hingewiesen und den Vorschlag unterbreitet. Darauf sei er, nachdem keine Fragen gestellt wurden, wieder abgetreten.

Herr Furgler habe ihn dann über die Verhandlungen orientiert. Die Kommission habe sehr heftig reagiert. Herr Furgler habe ihn gebeten zu schauen, ob nicht der Bundesrat einen Schritt weiter gehen könnte. Wenn man schon bereit sei, die Protokolle den Präsidenten herauszugeben, so verstehe man nicht, warum man diese gegenüber den andern Mitgliedern privilegiere. Man bitte, Protokollauszüge zu erstellen und in irgend einem Raum zur Verfügung der Kommissionsmitglieder zu halten. Damit wäre das Problem behoben. Hr. fürchte, dass durch eine Ablehnung ^{von Furgler} eine gewisse Versteifung und der Eindruck entstehe, dass es dem Bundesrat am Willen zur Zusammenarbeit fehle. Die ^{Kommission} habe einen Auftrag der einmalig sei und wo nie wieder kommen werde. Sie verfüge über alle Protokolle der LVK, worin die allergerheimsten Fragen behandelt werden. Wegen der Verschwiegenheit müsse man keine Bedenken haben. Die Arbeitsgemeinschaft sei bis heute von einem guten Willen beseelt und wolle konstruktive Vorschläge machen. Die Vertreter der grossen politischen Gruppen stünden alle auf diesem Standpunkt. Die Arbeitsgemeinschaft werde aber jetzt auf eine gewisse Probe gestellt, wobei Konkurrenzierung und Damagogie eher zum Ausdruck kommen. Die einen würden dann suchen die andern zu übertreffen. Herr Furgler glaube, dass die Arbeit leiden werde, und dass Sonder Tendenzen eher aufflammen werden. Er habe die weitere Frage aufgeworfen, ob die Kommissionspräsidenten einer qualifizierten Schweigepflicht unterworfen seien und keine Notizen machen dürfen? Der Herr Bundespräsident habe die Auffassung gehabt, dass das nicht der Fall wäre, worauf Herr Furgler erklärt habe, wenn diese fünf nicht an eine besondere Schweigepflicht gebunden seien, sondern berechtigt seien, dem Plenum von ihren Feststellungen Kenntnis zu geben, dann sei es erst recht nicht in Ordnung, die andern auszuschliessen. Herr Furgler habe ihn fast beschwörend gebeten, diesen Schritt beim Bundesrat zu tun.

Der Sprechende habe auch einen Telephonanruf von Herrn Spühler erhalten. Dieser habe erklärt, er sei mit den am Montag gefassten Beschlüssen des Bundesrates einverstanden. Auch Herr Bonvin habe geantwortet und zwar mit folgenden Stichworten: "Tenons ferme notre décision!! Séparation des pouvoirs!! et collaboration. Ne supprimez pas la discretion des séances du Conseil fédéral."

Der Herr Bundespräsident gibt Kenntnis, dass der Herr Vizekanzler eine Zusammenfassung über den Beweiswert der Protokolle erstellt hat, die man den Kommissionsmitgliedern zur Verfügung stellen könnte. Er habe Herrn Furgler versprochen, ihm heute Auskunft zu geben. Er möchte noch einmal betonen, wenn der Bundesrat diesen Schritt nicht mache, sei mit einem Malaise bei der Kommission zu rechnen. Die Argumentation des

Herrn Furgler habe, unter aller Wahrung des Rechtsstandpunktes, ihren Eindruck auf den Sprechenden nicht verfehlt.

Herr Tschudi glaubt, dass unser Vorschlag vom Montag falsch war. Er finde, dass es bei solchen grundsätzlichen Fragen grund falsch sei, Schritt für Schritt nachzugeben. In solchen Fragen sei er nicht dafür zu markten.

Herr Chaudet erklärt, gleicher Meinung zu sein. Er finde die Situation höchst unangenehm. Man müsse am Prinzip des Kollegialsystems festhalten. Man schaffe hier ein Präjudiz. Er sehe keine Vermittlungslösung. Man habe auch keine Sicherheit, dass man mit einem Entgegenkommen Friede schaffe. Er glaube nicht, dass sich durch ein Nachgeben eine Verständigung erzielen lasse. Er sei überzeugt, dass die Kommission aus den Protokollen sehr wenig herausbringen werde. Sie habe eine vollständige Dokumentation. Man habe auf dem EMD enorme Anstrengungen gemacht. Er verstehe diese Leute nicht mehr. Was er befürchte, sei die politische Ausbeute, die man daraus ziehen könnte. Er frage sich, ob man nicht vom Bundesgericht ein Gutachten verlangen könnte. Es handle sich um ein staatspolitisches Problem von grosser Bedeutung.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, er habe gegenüber Herrn Furgler die Frage des Missbrauches aufgeworfen. Herr Furgler habe erklärt, diese Gefahr bestehe nach seiner Meinung nicht. Man dürfe den Parlamentariern kein solches Misstrauen entgegenbringen. Wenn der Bundesrat auf Ablehnung beharre, dann werde eine grosse Reizbarkeit die Folge sein. Es werden dann Parlament und Presse eine kritische Haltung gegen den Bundesrat einnehmen. Dadurch wäre das Vertrauen zwischen Volk und Regierung gestört. Der Sprechende habe ein gewisses Verständnis für diese Auffassung des Herrn Furgler.

Herr Wahlen hat den Eindruck, dass sich die Kommission in eine Psychose hineingearbeitet habe. Das Kollegialsystem sei ein Juwel unserer Verfassung. Die Schweiz stehe damit einzig da. Man sei nun daran, dieses Kollegialsystem zu zerstören. Er könne nicht verstehen, dass die Vorschläge, die wir gemacht haben, nicht genügen sollten. Die Lösung der ganzen Kommission, Einsicht in die Protokolle zu bieten, erscheine ihm im Rahmen der Eidgenossenschaft als eine Monstrosität. Es sei sogar möglich, dass es durch das Entgegenkommen noch schlimmer werde, indem die Herren, über das was sie aus den Protokollen erfahren könnten, enttäuscht wären.

Herr Schaffner könnte sich vorstellen, dass man versuche, mit den Exponenten ins Gespräch zu kommen. Jedes Mitglied des Bundesrates würde einen solchen Vertreter seiner Partei zu überzeugen suchen, dass sie mit Punkt 1 und 2 des Vorschlages alles bekommen was sie brauchen, um die nötigen Feststellungen zu machen. Wenn sie keinen Unterschied machen wollen zwischen Präsidenten und Mitgliedern, dann sollen sie Punkt 2 annehmen, der eine Orientierung aller vorsehe. Sollte der Rat zum Schlusse kommen, die Notizen herauszugeben, dann müsse heute beschlossen werden, um das kollektive Regierungssystem für die Zukunft zu retten, dass die beiden Kanzler keine Protokollnotizen mehr machen dürfen. Was ihn besonders deprimiere, sei die Haltung der Regierungsvertreter in der Kommission. Er müsse allerdings

dem Herrn Bundespräsident soweit Recht geben, dass wir eine sehr grosse und unangenehme Geschichte bekommen werden. Wenn man unsere Presse kenne, könne man sich etwa vorstellen, wie es tönen werde. Er schlage deshalb als letzte Notlösung diese Rücksprache vor.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass die Kommissionsmitglieder einfach daran glauben, in den Protokollen noch etwas finden zu können. Sie glauben, man wolle etwas verstecken und das eine oder andere Mitglied des Bundesrates stützen. Was die Anregung von Herrn Schaffner betreffe, so wisse man nicht, welche Leute man auswählen solle. Wenn man aus jeder Fraktion einen heraushole, entstehe nur ein Malaise. Von dem in Absatz 3 des Vorschlages erwähnten Schritt könne man nicht mehr zurück. Er würde den weiteren von Herrn Furgler gewünschten Schritt tun.

Herr Wahlen glaubt, dass es schwierig wäre, mit einzelnen Kommissionsmitgliedern zu verhandeln. Es könnte nur geschehen durch die Einberufung der Fraktionspräsidentenkonferenz. Die Kommission sei vom Parlament beauftragt worden, weshalb eine Konsultation der Fraktionspräsidentenkonferenz wohl in Frage kommen könnte. Mit einer solchen Lösung könnte er sich einverstanden erklären.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass die meisten Fraktionspräsidenten in der Kommission vertreten seien. Es seien gerade die Fraktionspräsidenten, die die Herausgabe der Protokolle besonders bestimmt verlangen. Der Sprechende wirft noch einmal die Frage auf, ob man nicht dem Gesuche des Herrn Furgler entsprechen wolle, die Notizen für alle Mitglieder, die sie wünschen, zur Verfügung zu halten unter Weglassung der Namen. Er würde auf alle Fälle entsprechen.

Herr Tschudi erklärt, der Herr Bundespräsident habe das Geschäft mit der Kommission geführt, er müsse dem Herrn Bundespräsidenten die Verantwortung überlassen.

Herr Chaudet erklärt, er sei in dieser Angelegenheit Partei, im Prinzip wäre er aber dagegen.

Herr Wahlen erklärt, er sehe, dass man in einer unmöglichen Situation sei. Er könne nicht zustimmen, aber auch nicht nein sagen.

Herr Schaffner betont nochmals, wenn man das mache, dann müsse man gleichzeitig beschliessen, dass man nicht mehr protokollieren werde. Man werde zukünftig nur noch das offizielle Beschlussprotokoll kennen und persönliche Notizen technischer Art der beiden Kanzler.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass, wenn auch mit grossen Bedenken, der Herausgabe der Protokolle unter den erwähnten Kautelen (Streichung der Namen, Beilage der Ausführung über den Beweiswert der internen Notizen des Bundesrates) nicht mehr opponiert wird, und dass die von Herrn Schaffner vorgeschlagene Klausel, künftig auf eine Protokollierung der Meinungsäusserung der einzelnen Mitglieder zu verzichten, ~~entsprechen~~ ^{eingekommen} wird.

Darlehen an EXPO in Lausanne

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass diese Angelegenheit

mit besonderer Diskretion hätte behandelt werden sollen. Herr Bonvin habe ausdrücklich Auftrag erhalten, die Finanzdelegation auf ihre Verschwiegenheitspflicht aufmerksam zu machen. Einige Tage später habe er in den Ferien den Inhalt des ganzen Beschlusses in der Zeitung lesen können. Man sollte alles tun um abzuklären, wie das vor sich gegangen ist.

Der Herr Vizekanzler teilt mit, dass der Herr Bundeskanzler auf der Bundeskanzlei eine Befragung durchgeführt habe und dass die BK kaum als Nachrichtenquelle in Frage komme. Der Herr Bundespräsident hat auch keine Vermutung in dieser Richtung, doch sollte versucht werden zu entdecken, welche Quelle Herr von Känel benützt habe.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 53. Sitzung vom 17. Juli wurde mit je einer Korrektur bei den Geschäften "Büste von General Guisan", "Verhandlungsprotokolle des Bundesrates" und "Angelegenheit Dr. Giger, Delegierter des Bundesrates für die EXPO" genehmigt.

* * *